



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild** und Fraktion (SPD)

Die Staatsregierung muss Coronapolitik in Bayern gestalten: Vulnerable Personen schützen – Besuchsmöglichkeiten sichern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, möglichst zeitnah und auf jeden Fall bis Ende September 2022 ein Konzept zum Schutz von besonders vulnerablen Gruppen in Einrichtungen für Pflegebedürftige und für Menschen mit Behinderung zu entwickeln und in der Infektionsschutzmaßnahmenverordnung zu verankern.

Mit dem Konzept soll die einrichtungsbezogene Impfpflicht gestärkt und stärker als bisher Infektions- und Durchimpfungsraten erhoben werden. Die Einrichtungen sollen zur Etablierung eines bzw. einer Hygienebeauftragten sowie zur Ausarbeitung von Hygienevorschriften verpflichtet werden. Außerdem sollen im Rahmen vorhandener Mittel PCR-Tests kostenfrei und flächendeckend für Besucherinnen bzw. Besucher, Mitarbeitende und pflegebedürftige Personen bzw. Menschen mit Behinderung sichergestellt werden. Ziel soll es sein, möglichst umfangreiche Besuchsmöglichkeiten auch für weniger mobile Personen zu gewährleisten.

Begründung:

Menschen mit Behinderung und pflegebedürftige Personen in stationären Einrichtungen zählen und zählen zu den durch die Pandemie besonders schwer betroffenen Personengruppen. Das Risiko eines schweren oder tödlichen Verlaufs einer Coronaerkrankung ist bei ihnen besonders groß, und sie mussten mit erheblichen und zum Teil unerträglichen Einschränkungen ihrer Kontaktmöglichkeiten zurechtkommen. Kostenfreie PCR-Tests für Alle stellen eine erhebliche Belastung für die öffentlichen Haushalte dar und sind epidemiologisch nicht mehr aussagekräftig. Notwendig sind kostenfreie PCR-Tests, die auch in Apotheken durchgeführt werden können, aber für vulnerable Personen und ihre Angehörigen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der aktuell wieder steigenden Inzidenzen und der für den Herbst und Winter absehbaren neuerlichen Infektionswelle. Dabei ist es nicht erheblich, von welchem Szenario man für Herbst und Winter ausgeht – Risikopersonen müssen besonders geschützt werden und es muss gleichzeitig ihr Recht auf soziale Kontakte sichergestellt werden. PCR-Tests sollen kostenfrei und flächendeckend für Besucherinnen bzw. Besucher und präventiv mehrmals wöchentlich für die Bewohnerinnen bzw. Bewohner und die Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter von stationären Einrichtungen möglich sein. Die Staatsregierung kann und muss hier selbst aktiv werden – sich auf Forderungen in Richtung Berlin zu beschränken, ist keine sinnvolle Coronapolitik.